

„Schmeißt die VDUler in die Martinöfen!“

Der Kampf der KPÖ gegen den Verband der Unabhängigen 1949/50

HEIMO HALBRAINER

In seinem 1980 erschienenen Buch „Die Dritte Kraft in Österreich“ über-titelte Viktor Reimann, der Mitbegründer des *Verbands der Unabhängigen* (VdU), das Kapitel über die „Arbeitereinheit“ aus SPÖ und KPÖ im Kampf gegen den VdU im Österreichischen Gewerkschaftsbund bzw. in den Betrieben Oberösterreichs und der Steiermark mit „Schmeißt die VDUler in die Martinöfen!“¹ Dieses Zitat stammt aus der Zeit der Betriebsratswahlkämpfe 1949/50 in der Steiermark und findet sich mehrfach in den Nationalratsprotokollen. So beispielsweise am 8. März 1950, als über das Bundesfinanzgesetz 1950 debattiert wurde und sich der VdU-Abgeordnete Thomas Neuwirth zu Wort meldete, da er – wie er einleitend feststellte – „heute die Gelegenheit wahrnehmen“ möchte, „vor aller Öffentlichkeit und vor diesem Forum über den heute herrschenden roten Terror einige Worte zu sagen. Vor uns liegen Flugblätter, die Arbeiter in den Betrieben, die tüchtig sind und Werte schaffen, als eingeschworene Arbeiterfresser bezeichnen, als Nazihorden, als Henker der Freiheit. [...] Vor uns liegen die Gedächtnisprotokolle über Äußerungen sozialistischer Betriebsratsobmänner und Vertrauensmänner, wie etwa folgende [...]: Wenn Ihr glaubt, daß Ihr durch den VdU im Betrieb Stellungen oder Betriebsratsmandate bekommt, dann irrt Ihr Euch; wir können Euch ja vorher hinaus-schmeißen. [...] Und wir haben auch aus dem Munde eines kommunistischen Betriebsratsmitglieds folgendes gehört: ‚Am besten wäre es, man würde die VdU-Männer in den Martin-Hochofen werfen.‘“² Auf Nachfrage der sozialistischen Abgeordneten, wer diese Äußerung getätigt habe, nannte Neuwirth den Betriebsratsobmann des Schoeller-Bleckmann-Werkes in Hönigsberg (Mürzzuschlag), Kajetan Müller. In den Publikationen der FPÖ wird dieser Satz bis in die jüngste Zeit dem Donawitzer Widerstandskämpfer und kommunistischen Betriebsratsobmann Sepp Filz zugeschrieben.³ Gegen beide wurde jedenfalls 1950 seitens des VdU eine Anzeige wegen gefährlicher Drohung eingebracht. Zudem richtete der VdU eine Anfrage an den Justizminister.⁴

Tatsächlich stand Leoben-Donawitz und hier wiederum Sepp Filz⁵ als Betriebsratsobmann des Hüttenwerks Donawitz in den Jahren 1949/50 im Mittelpunkt des Kampfes gegen den VdU, der in diesen Jahren bei Wahlen erstmals antrat. Innerhalb weniger Monate fanden zwischen Oktober 1949 und April 1950 mehrere Wahlgänge statt. Die ersten Wahlen waren die Nationalrats- und Landtagswahlen, bei denen erstmals auch die 1945 noch von der Wahl ausgeschlossenen ehemaligen Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen – rund 89.000 in der Steiermark bzw. eine halbe Million in ganz Österreich – teilnehmen durften. Nur zwei Wochen nach den Nationalrats- und Landtagswahlen vom 9. Oktober 1949 fanden die ersten Arbeiterkammerwahlen seit 1926 statt. Im Herbst – Ende Oktober und November 1949 – kam es zudem noch in den Werken der Alpine-Montangesellschaft zu Betriebsratswahlen, die teilweise im März 1950 wiederholt werden mussten. Im April 1950 fanden schließlich auch noch Gemeinderatswahlen in der Steiermark statt.

Im Rahmen dieser Wahlkämpfe verfolgte die KPÖ – nicht nur in der Steiermark – einen Kampf gegen die „Wiederbelebung des Nazifaschismus“, der – wie es in der Resolution des Zentralkomitees vom 11. November 1949 hieß – „auf allen Linien geführt werden“ müsse. „Gegen das Eindringen dieser Organisation in die Betriebe und Arbeiterorganisationen, gegen ihre Bestrebungen, Positionen im Staatsapparat und im politischen Leben zu erobern, gegen die Versuche, mit dem faschistischen Gift des Völkerrasses und der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘ die Hirne des arbeitenden Volkes zu vernebeln. Die Aufgabe der Arbeiterschaft ist es, diese Organisation und jede andere neofaschistische Organisation, die versucht, an ihre Stelle zu treten, zu zerschlagen und zum Verschwinden zu bringen.“⁶ Dieser Kampf ist heute vielfach vergessen und kommt selbst in den aktuellen Publikationen zur Vor- und Frühgeschichte der FPÖ⁷ bzw. in den in den letzten Jahren geführten Auseinandersetzungen über den „Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ“, wie die Historikerin Margit

Reiter ihr 2019 erschienenenes Buch unter-titelt hat, nicht vor.⁸

Gegen den Neofaschismus und den VdU

Noch bevor der VdU im Frühjahr 1949 gegründet wurde, trat die KPÖ gegen die Zulassung der Partei auf. So erklärte ihr Generalsekretär Friedl Fűrberg anlässlich der Februar-Tagung des Zentralkomitees: „Wir Kommunisten sagen klar und deutlich: Wir sind dafür, daß jede demokratische Gruppe wirklich das Recht bekommt, sich als Partei zu organisieren und an der Wahl teilzunehmen. Wir werden aber ebenso entschieden gegen jede neue faschistische Partei kämpfen, die von den machthungrigen Cliquen in den beiden anderen Parteien nur deshalb so warm begrüßt wird, weil sie antikommunistisch ist und eine ebensolche Agentur des amerikanischen Großkapitals wie diese selbst.“⁹ Als schließlich klar war, dass der VdU bei den Wahlen im Oktober 1949 antreten wird, wurde zum Kampf gegen ihn aufgerufen. Um im Wahlkampf eine argumentative Handreichung zu haben, erschien das Heft 21 des Wahlhandbuchs der KPÖ 1949 zum Thema „Neofaschismus und VdU“. Darin wurde unter anderem an das Versprechen der Regierung aus dem Jahr 1945 erinnert – dass „der nazistische Geist rücksichtslos ausgerottet werden muß“ – und festgehalten: „So sprach man unmittelbar nach der Befreiung. Aber heute ist an Stelle der ‚antifaschistischen‘ Beteuerungen ganz offen die Begünstigung neofaschistischer Bestrebungen getreten. Die reaktionäre Politik der beiden Regierungsparteien versucht, den Faschismus aller Schattierungen wieder salonfähig zu machen.“ Dagegen werde die KPÖ – wie es weiter hieß – wie schon in der Vergangenheit auftreten, weshalb sie alle „wirklichen Sozialisten und Antifaschisten“ dazu aufrufe, „die Pläne der Neofaschisten und ihrer Förderer aus dem Lager der Regierungskoalition“ zu zerschlagen.¹⁰

Die Kundgebungen in der Endphase des Wahlkampfes gerieten daher auch zu – wie es die *Wahrheit*, die Tageszeitung der KPÖ Steiermark, formulierte – Protestkundgebungen gegen den Neofaschismus. „Diese neofaschistische Par-

tei hat von den Kapitalisten den Auftrag bekommen, die tiefe Unzufriedenheit mit der korrupten volksfeindlichen Koalitionspolitik abzufangen und als Sturmbock gegen links radikalste Kapitalistenforderungen durchzukämpfen. Das sogenannte ‚Programm‘ des VdU ist ein getreues Abbild der sattsam bekannten ‚Punkte‘ der faschistischen Parteien.“¹¹ In einem Wahlkampfaufzug der KPÖ Steiermark hieß es am 6. Oktober 1949: „Protestiert gegen die Arbeitermörder! Das Auftreten der Erzfascisten Pfriemer, Hartleb, Strachwitz und Konsorten im Wahlkampf muß alle Werktätigen alarmieren. Wir rufen die arbeitende Bevölkerung auf, in den Linksblock-Kundgebungen gegen diese unheilvollen Gesellen zu demonstrieren.“¹² Und tags darauf titelte die Zeitung der KPÖ: „Alarm für alle Werktätigen! Protest gegen den Pfriemer-Faschismus!“¹³

„Korrigiert die Nationalratswahlen!“

Das Ergebnis der Nationalrats- und Landtagswahlen vom 9. Oktober 1949 veränderte die politische Landkarte. Beide Regierungsparteien verloren jeweils rund sechs Prozent der Stimmen. So fiel die ÖVP von 49,8 auf 44 Prozent und die SPÖ von 44,6 auf 38,7 Prozent. Und während der Linksblock (KPÖ und Linkssozialisten) auf niedrigem Niveau mit 5,1 Prozent fast gleichblieb (-0,3%), gewann der erstmals kandidierende VdU (damals „Wahlpartei der Unabhängigen“) 11,7 Prozent der Stimmen. In der Steiermark lagen die Ergebnisse mehr oder weniger im Bundesschnitt (ÖVP 42,9%, SPÖ 37,4%, KPÖ 4,5%, WdU 14,5%). Auch in den obersteirischen Industriestädten wie Leoben, Eisenerz oder Kapfenberg gelang es dem VdU zwischen 13 und 18 Prozent der Stimmen zu bekommen. Der Unterschied war hier allerdings, dass auch der Linksblock zwischen 10,5 und 16,5 Prozent der Stimmen erringen konnte.¹⁴

Angesichts der über 14 Prozent für den VdU bei den Nationalrats- und Landtagswahlen plakatierte die KPÖ Steiermark anlässlich der bevorstehenden Arbeiterkammer- sowie Betriebsratswahlen in den folgenden Tagen: „Korrigiert die Nationalratswahl! Der Faschismus erhebt wieder sein Haupt! Schlagt den Faschismus zurück!“ Bereits am 12. Oktober erklärte die KPÖ in der Steiermark: „Die Lehren dieser Wahlen werden tausende Sozialisten von der Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse und von der Aufstellung gewerk-



Kundgebung der KPÖ am 1. Mai 1950 auf der Wiener Ringstraße

schaftlicher Einheitslisten überzeugen. Die Gefahr des Faschismus kann nur gebannt werden, wenn alle Arbeiter zusammenstehen. [...] Wenn die Sozialisten und Kommunisten in den Betrieben zusammenhalten, wenn die antikommunistische und antirussische Hetzpropaganda von der Arbeiterschaft zurückgewiesen wird, dann wird es leicht möglich sein, auch die verwirrten Anhänger des VdU in den Betrieben für die gewerkschaftliche Einheit zu gewinnen. Um den sozialistischen Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihre Gedanken über den Ausgang der Wahlen und über den Kampf gegen den Neofaschismus einem größeren Kreis mitteilen zu können, richtet die Redaktion der ‚Wahrheit‘ eine ‚Tribüne für sozialistische Arbeiter‘ ein, die jeden Freitag in der ‚Wahrheit‘ erscheint.“¹⁵

Dementsprechend lauteten die Titelseiten der *Wahrheit* bis zur Arbeiterkammerwahl auch: „Unruhe in sozialistischer Arbeiterschaft wegen VdU-Wahlerfolg“ (12.10.), „VdU will in die Regierung“ (13.10.), „Wie kann der

VdU-Wahlerfolg korrigiert werden?“ (14.10.), „SP-Arbeiter von Seegraben: Einheitsfront mit den Kommunisten gegen VdU-Faschismus“ (18.10.), „Einheitsfront der SP- und KP-Böhlerarbeiter gegen VdU-Faschismus“ (19.10.), „Kein Platz für Faschismus in den Betrieben“ (20.10.) oder „Elementare Einheitsbewegung gegen VdU-Faschismus“ (21.10.).

Auch wenn – sieht man von der Fortsetzung des Wahlbündnisses zwischen KPÖ und Linkssozialisten ab – keine gewerkschaftlichen Einheitslisten für die Arbeiterkammer- und Betriebsratswahlen im Oktober und November aufgestellt wurden, so traten sowohl sozialistische und kommunistische Funktionäre als auch Arbeiter gemeinsam gegen den „VdU-Faschismus“ auf. So erklärte etwa der SP-Betriebsratsobmann von Seegraben (Leoben), Edmund Kaiba, bei einer Belegschaftsversammlung der Bergarbeiter am 16. Oktober, dass er mit seiner ganzen Kraft gegen den VdU kämpfen werde. Er „wolle alles daransetzen, um zu verhindern, daß der VdU über-



Kundgebung der KPÖ am 1. Mai 1950 auf der Wiener Ringstraße

haupt kandidieren kann. Der Betriebsfaschismus dürfe in Österreich nicht wieder aufscheinen. Mit den schärfsten Mitteln werde man gegen ihn vorgehen. Sozialisten und Kommunisten werden gemeinsam kämpfen.“ In Kapfenberg verabschiedeten die SP- und KP-Arbeiter der Böhlerwerke am 18. Oktober eine gemeinsame Resolution, in der es hieß: „Die Nationalratswahlen haben zu einer Stärkung der Reaktion in Österreich geführt. 16 neofaschistische Abgeordnete des VdU ziehen ins Parlament ein. Die Unternehmer werden, gestützt auf diese verstärkten Positionen der Reaktion, ihre Angriffe gegen die sozialen Rechte und Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten verschärfen. Dem neofaschistischen VdU kommt dabei eine besondere Rolle zu. So wie schon einmal die grün-weißen und braunen Faschisten die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zerschlagen haben, um die Arbeiter und Angestellten wehrlos zu machen, so soll jetzt der VdU diese Aufgabe übernehmen. Der VdU, der sich heute in die Betriebe und in die Gewerkschaften einschleichen will, ist eine faschistische Organisation. Seine Führer sind bekannte Faschisten und Arbeiterfeinde. [...] Ihnen den Weg in die Betriebe und Gewerkschaften zu öffnen und zu ebnet, sie als Vertreter in die Arbeiterkammern und Betriebsräte zu wählen, heißt die Arbeiterorganisationen und die Betriebe den Todfeinden der Arbeiter- und Angestelltenschaft auszuliefern. [...] Wir Böhlerarbeiter rufen die Arbeiter und Angestellten aller Betriebe auf, zu verhindern, daß der Faschismus sich wieder in den Betrieben festsetzt. Denkt an den Hüttenberger Pakt vom Jahre 1928, der

den Faschisten die Tore in die Betriebe öffnete. Denkt an die sogenannte ‚unabhängige‘ Gewerkschaft der Heimwehfaschisten, mit deren Hilfe die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zerschlagen wurden. [...] Wir fordern daher die Arbeiter und Angestellten Österreichs auf, bei den kommenden Wahlen in die Arbeiterkammern und Betriebsräte keine Stimme diesen Neofaschisten, diesen Feinden der Arbeiterklasse zu geben. Korrigiert das Wahlergebnis vom 9. Oktober!“¹⁷ Ähnliche Resolutionen wurden in den folgenden Tagen auch in anderen obersteirischen Betrieben verabschiedet.¹⁸

Das Ergebnis der Nationalrats- und Landtagswahl wurde letztlich nicht wirklich korrigiert. Wie bei diesen Wahlen erreichten die als Wahlpartei der Unabhängigen angetretenen Gewerkschafter des VdU bei der Arbeiterkammerwahl am 23. und 24. Oktober 1949 in der Steiermark 14,65 Prozent (19.198 Stimmen) und 16 Mandate. Auf die Sozialistischen Gewerkschafter entfielen 85.716 Stimmen (65,4%) und 73 Mandate, die KPÖ, die gemeinsam mit den Linksozialisten als Linksblock kandidierte, eroberte mit 13.805 Stimmen (10,53%) elf Mandate und der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB) mit 12.349 Stimmen (9,42%) zehn Mandate. Im größten steirischen Betrieb, dem Hüttenwerk Donawitz, errang der Linksblock bei den Arbeitern 44,5%, die sozialistischen Gewerkschafter 39,8%, der ÖAAB 5,7% und der VdU 9,8% der Stimmen. Bei den Angestellten in Donawitz entfielen 28% auf den Linksblock, 39,6% auf die sozialistischen Gewerkschafter, 21,6% auf den ÖAAB und 10,6% auf den VdU. Elf Prozent errang

der VdU auch im Böhlerwerk in Kapfenberg und am Erzberg waren es gar 26,9%.

„Keine Faschisten in Arbeiterorganisationen“

Anlässlich der konstituierenden Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer kam es – wie die Zeitungen berichteten – am 23. November 1949 zu stürmischen Szenen, da dem VdU als zweitstärkster Fraktion verwehrt wurde, im Vorstand der Arbeiterkammer vertreten zu sein.¹⁹ Willy Scholz meinte seitens des Linksblocks: „Nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele Sozialisten sind, wie die Erklärungen der Betriebe zeigen, gegen den Neofaschismus. Wir müssen die Arbeiterschaft vor dem Neofaschismus schützen. Faschisten haben in der Arbeiterkammer nichts zu suchen.“²⁰ Daher stellte Heribert Hütter (Linksblock) den Antrag „Wählen Sie nicht Faschisten in den Vorstand der Arbeiterkammer!“,²¹ der von Teilen der sozialistischen Gewerkschafter unterstützt wurde, weshalb kein Vertreter des VdU in den Vorstand der steirischen Arbeiterkammer gewählt wurde.²² Auch als anlässlich der Vorstandssitzung am 11. Jänner 1950 die Mitglieder für den sozialpolitischen, den volkswirtschaftlichen und den Bildungs- und Kultur-Ausschuss in der steirischen Arbeiterkammer ernannt wurden, waren dies nur Sozialisten und Kommunisten.²³

Wegen der Ausschaltung des VdU aus allen Gremien der steirischen Arbeiterkammer richteten die VdU-Abgeordneten am 25. Jänner 1950 im Nationalrat eine Anfrage an Karl Maisel, was er als zuständiger Minister zu gedenken tue, „um den ungesetzlichen Zustand, der sich in der Leitung der Arbeiterkammer Graz ergibt, zu beseitigen“.²⁴ Maisel fragte in Graz nach, wo ihm der Präsident der steirischen Arbeiterkammer, Otto Möbes, in der Folge versicherte, anlässlich der nächsten Vollversammlung einen Vertreter des VdU in den Vorstand aufzunehmen. Daher erklärte Möbes am 21. März 1950 der Vollversammlung, dass er „den Beschluss der letzten Vollversammlung, keinen VdU-Vertreter in den Vorstand zu entsenden, als ungesetzlich aufheben müsse. Er sei durch das Arbeiterkammerwahlgesetz gezwungen, einen Vertreter dieser Partei in den Vorstand einzuberufen.“²⁵ So wurde Fritz Mayer als VdU-Vertreter in den Vorstand ernannt, wogegen der Linksblock protestierte und beim Bundesministerium für soziale Verwaltung mit dem Argument, der Vorstand muss gewählt

werden und kann nicht durch eine Ernennung durch den Präsidenten umgangen werden, vergeblich Einspruch erhob.²⁶ Bereits am 11. Februar 1950 war in die drei Ausschüsse jeweils auch ein Vertreter des VdU aufgenommen worden.²⁷

VdU-Unternehmerknechte im Betriebsrat verhindern!

Seit Oktober 1949 wurden in Österreich Betriebsratswahlen abgehalten, wobei sich vielerorts Widerstand gegen den VdU regte. So schlossen sich – nachdem es bei der Betriebsratswahl am 12. Oktober 1949 im Tauernkraftwerk Kaprun, bei der der VdU neun Mandate, die SP sechs Mandate und die KP zwei Mandate erringen konnte, zu Verstößen des VdU gegen die Wahlordnung gekommen war, weshalb die Wahl für ungültig erklärt wurde – Arbeiter zu einem überparteilichen „antifaschistischen Komitee“ zusammen, das gegen „den offenen Terror“ durch den VdU auftrat und sich zudem in einen „Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Österreichs“ wandte, in dem es hieß: „Die antinazistischen Arbeiter des Tauernkraftwerkes Kaprun richten an Euch den Aufruf, dem Wiederaufblühen des Faschismus in unserer Heimat mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wir Kapruner haben uns zu diesem Kampf vereint – Sozialisten, Kommunisten und Parteilose haben gemeinsam den Kampf gegen die nazifaschistischen Menschenfeinde und ihre Tarnkappe – den VdU – bereits aufgenommen. Wir sind der Überzeugung, daß dieser Schritt in allen Betrieben und Werken notwendig ist, und fordern deshalb alle klassenbewußten Arbeiter auf, sich zusammenzuschließen und solidarisch mit uns den Kampf aufzunehmen.“²⁸

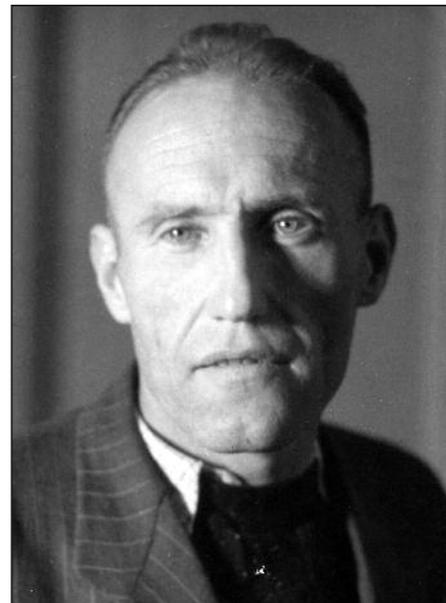
Auch in der Obersteiermark wurde nun in Hinblick auf die anstehenden Betriebsratswahlen im November 1949 der Kampf gegen den VdU intensiviert, der diesmal – im Vergleich zu den Wahlen im Oktober – nicht mehr nur verbal ausgefochten wurde.²⁹ Der Mitbegründer des VdU, Viktor Reimann, fasste diesen Kampf der KPÖ in seinen Buch über den VdU folgendermaßen zusammen: „In Seegraben ließ man bekannte VdU-Anhänger nicht mehr in die Grube fahren. In Donawitz, Niklasdorf und in den Kapfenberger Böhlerwerken zwangen SPÖ- und KPÖ-Betriebsräte Arbeiter, ihre Namen von den Wahlvorschlägen des VdU zurückzuziehen, andernfalls sie mit ihrer sofortigen Entlassung zu rechnen hätten. Die KPÖ-Presse unterstützte diese Aktionen, indem sie die Anhänger des VdU

Arbeitermörder, Verräter und Lumpen nannte. Flugblätter bezeichneten die VdU-Funktionäre als ‚Arbeiterfresser, Nazihorden, und Henker der Freiheit‘.“³⁰

Tatsächlich war es dem VdU nicht möglich, an den Betriebsratswahlen in Donawitz teilzunehmen, wo am 15. November 1949 die Einheitsliste (Kommunisten und Linkssozialisten) bei den Arbeitern 2.898 Stimmen (13 Mandate; 1947: 2.121 Stimmen bzw. zehn Mandate), die SPÖ 1857 Stimmen (acht Mandate; 1947: 2.442 Stimmen bzw. elf Mandate) und die ÖVP 392 Stimmen (ein Mandat; 1947: 286 Stimmen; ein Mandat) erringen konnte. Bei den Angestellten sah die Mandatsverteilung folgendermaßen aus: Einheitsliste 4 (1947: 2), SPÖ 3 (1947: 4), ÖVP 2 (1947: 3).

Da der VdU von der Wahl im Hüttenwerk Donawitz ausgeschlossen worden war – der VdU habe, wie der Wahlvorstand befand, nicht genügend Unterstützungsunterschriften eingereicht –, legte er Einspruch ein, in dem es hieß: „Die Donawitzer Liste wurde termingerecht abgegeben und wies sogar um zehn Unterschriften mehr auf, als notwendig waren. Zunächst versuchte der Wahlvorstand, die Liste mit der Begründung zurückzugeben, daß eine Unterschrift gefälscht sei. Diese Verdächtigung stimmte in keiner Weise, denn der fragliche Arbeiter hatte seine Unterschrift vor Zeugen abgegeben. Hierauf versuchte man die Liste dadurch in Mißkredit zu bringen, daß man behauptet, einige Unterschriften seien schwer lesbar. Aber schließlich konnte man die Unterschriften doch lesen und das war die Hauptsache. Dann kamen die ‚Unterredungen‘ im Betriebsratszimmern, in denen sich das ‚freie Kräftefeld der politischen Parteien‘ voll entfaltete. Man drohte mit Entlassungen und, eingeschüchtert und um das Brot für sich und die Seinen besorgt, zogen siebzehn Arbeiter ihre Unterschriften zurück.“³¹ Dem Protest des VdU wurde schließlich – da das Zurückziehen einer einmal geleisteten Unterschrift von der Betriebsratsliste nicht möglich – stattgegeben und das Einigungsamt Leoben annullierte am 18. Jänner 1950 das Ergebnis dieser Wahl, aber auch das bei den Böhlerwerken in Kapfenberg und der Papierfabrik in Niklasdorf.³²

Anlässlich der Wiederholungswahl im März 1950 gab die KPÖ-Betriebsorganisation Donawitz ein Flugblatt heraus, das sich eingehend mit dem VdU befasste, wobei vor allem auf die „Führer“ des VdU sowie auf ihre „Gönner und Be-



Sepp Filz (1906–1994), 1945–1949 Betriebsratsobmann der Alpine Donawitz

schützer in der rechten SP-Führung“ eingegangen wurde und die Arbeiter aufgefordert wurden, nicht die Unterstützungslisten für den VdU zur Zulassung zur Betriebsratswahl zu unterschreiben.³³ In einem weiteren Flugblatt hieß es: „Die VdU-Faschisten erweisen sich als die würdigen Unternehmer-Kreaturen, genauso wie einstmal die Heimwehfaschisten. [...] Wenn ein Arbeiter bei den Betriebsratswahlen die VdU-Faschisten unterstützt, dann stellt er sich in die Reihe der Totengräber der Arbeiterrechte. Dann hilft er der Direktion bei den Bestrebungen, die Rechte der Arbeiter abzubauen. [...] Daher keine Unterschrift für die Kandidaten der VdU-Unternehmerliste. Es muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß ein VdU-Unternehmerknecht in den Betriebsrat kommt.“³⁴

Die KPÖ verhinderte auch diesmal, dass der VdU an den Betriebsratswahlen in Donawitz am 5. März 1950 teilnehmen konnte. Aus der Sicht des VdU habe sich in Donawitz Folgendes ereignet: „Das Einigungsamt Leoben hat bei der Annullierung des Ergebnisses der Novemberwahl eindeutig festgestellt, daß es eine Aufforderung zur Unterschriftenzurückziehung auf einem Wahlvorschlag nicht gibt, ja, daß eine einmal geleistete Unterschrift selbst freiwillig nicht mehr zurückgenommen werden kann. Dennoch erschien der weit über die Grenzen der Obersteiermark hinaus bekannte Superterrorist Filz mit seinem Gefolge bei jedem einzelnen Arbeiter, der es gewagt hatte, dem kommunistischen Terror zu trotzen und den Wahlvorschlag des VdU zu unterschreiben, und drohte ihn auf die gemeinste Art und Weise.“³⁵ Als



Kundgebung der KPÖ in Graz in den 1950er Jahren

der VdU die Liste schließlich einreichte, habe sich – wie ein Vertreter des VdU-Bezirkssekretariat der *Obersteirischen Volkszeitung* gegenüber mitteilte – folgende Szene abgespielt: „Bei Abgabe unserer Liste trug diese 45 Unterschriften. Die Überprüfung ergab, daß eine davon gefälscht war, von wem, entzieht sich unserer Kenntnis. Ein zweiter Mann stellte die völlig absurde Behauptung auf, er sei der Meinung gewesen, einen Vorschlag des Kriegsoffiziersverbandes unterzeichnet zu haben. Ohne unsere Vertreter anzuhören, wurde uns der Wahlvorschlag mit einer Fristsetzung von 48 Stunden zur Berichtigung zurückgegeben. Nach Zurücknahme tauchte noch ein Mann auf, der inzwischen von seinem Schwiegervater wegen der Unterschriftenleistung aus der Wohnung ausgewiesen worden war, und behauptete gleichfalls, er habe die Unterschrift nicht selbst geleistet. Um diesen Mann aus seiner verzweifelten Lage zu retten, haben wir auch seine Unterschrift weggestrichen und sie durch eine neue ersetzt.“³⁶ Als der VdU den Wahlvorschlag erneut einreichen und deren Vertreter mit einem „neuen Wahlvorschlag das Betriebsratzzimmer betreten wollte, drängte ihn eine Gruppe von 25 bis 30 Kommunisten in die Ecke eines Nebenzimmers, blockierten seinen Zutritt in den Amtsraum des Wahlvorstandes und versuchte ihm unter wüsten Beschimpfungen und Bedrohungen die Liste zu entreißen. Nach einhalb Stunden gelang es dem Mann, endlich ins Freie zu kommen, nachdem er sich beharrlich geweigert hatte, den Wahlvorschlag herauszugeben.“³⁷ Der VdU brachte den Wahlvorschlag schließlich

per Post ein, doch wurde er am 4. März vom Wahlvorstand für ungültig erklärt, weshalb der VdU auch zur Wiederholungswahl nicht antreten konnte.

Die Wahlwiederholung brachte gegenüber der Wahl im November nur geringe Verschiebungen im Kräfteverhältnis. Die ÖVP errang ein Mandat auf Kosten der KPÖ, sodass das Mandatsverhältnis nun zwölf Mandate für die Einheitsliste, acht für die SPÖ und zwei für die ÖVP lautete.³⁸ Der VdU legte erneut Einspruch ein, wobei der Beschwerdeführer Lindner allerdings zugeben musste, dass er verschiedene Unterschriften unter dem Vorwand, es sei eine Sammelliste für das Rote Kreuz, erschwindelt habe.³⁹

Keine Faschisten in den Gemeinderat

Am 23. April 1950 fanden in der Steiermark Gemeinderatswahlen statt. Donawitzer Arbeiter wurden – nach den Nationalrats- und Landtagswahlen sowie der Arbeiterkammerwahl im Oktober 1949 und den beiden Betriebsratswahlen im Hüttenwerk Donawitz im November 1949 und März 1950 – nun bereits zum fünften Mal innerhalb nur weniger Monate zu den Urnen gerufen. Gegenüber den Wahlen im Oktober 1949 hatte sich das Klima für den VdU grundlegend geändert. Während die Linke – vor allem die KPÖ bzw. der Linksblock – den VdU weiterhin bei jeder sich bietenden Gelegenheit als neonazistische Partei angriff, gelangten nun auch VdU-interne Konflikte an die Öffentlichkeit, was zu Ausschlüssen führte und im Juli 1950 fast zum Verbot und somit dem Ende der Partei geführt hätte.

Im Zuge der Gemeinderatswahl hielt der VdU im April 1950 in zahlreichen Industriestädten der Obersteiermark Kundgebungen ab, wobei ausgerechnet für den 20. April eine in Leoben – der „Hochburg des Kommunismus in Österreich“, wie die *Obersteirische Volkszeitung* vermerkte⁴⁰ – geplant war. Als Redner für diese „Wählerversammlung“, die im Saal des „Hotel Post mit Lautsprecherübertragung auf den Hauptplatz“ angekündigt war, sollte – wie das Ankündigungsplakat vermeldete – „NR. Vizekanzler a.D. Karl Hartleb“ auftreten, was dazu führte, dass die KPÖ Leoben gegen den – wie die *Wahrheit* schrieb – „bekannten Arbeitermörder Hartleb als Redner“⁴¹ mobilisierte und die Veranstaltung zu verhindern versuchte. Daher hatten sich bereits vor Beginn der Versammlung hunderte Demonstranten am Hauptplatz bzw. im Hotel Post versammelt und den Abzug von Hartleb gefordert. Nur unter Polizeischutz konnte dieser schließlich das Podium betreten, doch gelang es dem Landtagsabgeordneten des VdU Jörg Kandutsch⁴² nicht, die Versammlung zu eröffnen.

Zwar waren – wie die Polizei in ihrem Bericht festhielt – die ersten drei Reihen „mit ca. 150 Personen von Parteigängern des Verbandes der Unabhängigen“, die dahinter befindlichen Reihen aber „mit ca. 350 Personen hauptsächlich von kommunistischen Parteigängern besetzt. [...] Gleich bei Versammlungsbeginn setzte durch Pfeifen, Schreien, Trampeln, durch Sprechchöre und Absingen von Liedern eine Störaktion ein, wobei [...] Josef Filz gemeinsam mit dem [...] Gemeinderat Engelbert Hierzenberger durch etwa 10 Minuten den Einsatz von versammlungsstörenden Sprechchören dirigierte. Als dann [...] Filz unangemeldet und unaufgefordert von seinem Platze auf der Balustrade aus eine Rede, die gegen die Einberufer der Versammlung gerichtet war, zu halten begann, wurde er durch die Zwischenrufe der in den ersten Reihen befindlichen Parteigänger des Verbandes der Unabhängigen daran gehindert. Der Beschuldigte sprang daraufhin von der Balustrade auf das Parkett und gab damit das Signal zu allgemeinen Raufexzessen. Dies veranlaßte, da die polizeiliche Aufforderung die Ruhe herzustellen, unbeachtet blieb, den Kommandanten der polizeilichen Einsatzgruppe, Polizeimajor Weingrill, die Räumung des Saales anzuordnen.“⁴³ Am Hauptplatz setzte sich der Protest fort, wobei Filz schließlich verhaftet und wegen des „Verbrechens der öffentlichen

Gewalttätigkeit [...] durch gewaltsame Handanlegung gegen obrigkeitliche Personen in Amtssachen, [...] des Vergehens des Auflaufes und [...] der Übertretung nach § 15 Abs. 1 Wahlschutzgesetz vom 26.1.1907“ angeklagt.⁴⁴

Bereits am Tag nach den Auseinandersetzungen in Leoben wurde zunächst im Hüttenwerk Donawitz – in der Folge aber auch in anderen Betrieben und Arbeitnehmergremien – eine Resolution gegen den VdU eingebracht, die in Betriebsversammlungen bestätigt wurden. Darin hieß es: „1. Die politischen Parteien (SPÖ, KPÖ und ÖVP) werden aufgefordert, den Gastlokalbesitzern in Leoben nahezulegen, ihre Lokale für VdU-Versammlungen nicht mehr herzugeben. / 2. Kein VdU-Faschist darf in die Gewerkschaftsführung kommen. / 3. Der Betriebsrat wird in Hinkunft keine Tätigkeit des faschistischen VdU im Betrieb dulden. / 4. Die einzelnen Fraktionen des Betriebsrates werden in ihren Parteien dahin wirken, daß das Verbot des VdU erreicht wird.“⁴⁵

Bei den Gemeinderatswahlen in der Steiermark konnte der VdU den Stimmenanteil, den er bei den Nationalrats- und Landtagswahlen erringen konnte, nicht halten. So verlor er im Vergleich zu den Oktoberwahlen fast die Hälfte der Stimmen und fiel beispielsweise in Leoben von 13,7 auf 8,5 Prozent während die KPÖ von 16,45 auf 18,1 Prozent zulegen konnte. Ähnlich auch in Eisenerz, wo der VdU von 18,6 auf elf Prozent fiel. Knapp zwei Monate später wurde der Landesverband Steiermark des VdU vom Innenminister aufgelöst und die Parteiführung des VdU befürchtete, dass auch ein Verbot auf Bundesebene folgen könnte.⁴⁶ Dies war letztlich nicht der Fall. Der VdU verlor aber in der Folge an Bedeutung. Für Sepp Filz hatte dieser Kampf gegen den VdU Folgen: er wurde am 26. Februar 1951 zu sechs Monaten schweren Kerker verurteilt – was auch die Chronik des VdU vermerkte.⁴⁷ Er wurde zudem aus der Alpine Montangesellschaft entlassen und erhielt in der Steiermark in der Folge Berufsverbot.⁴⁸

Anmerkungen:

1/ Viktor Reimann: Die Dritte Kraft in Österreich. Wien u.a. 1980, S. 187–193.

2/ Stenographische Protokolle des Nationalrates für die Zeit der VI. Gesetzgebungsperiode (8.11.1949 bis 18.3.1953), 16. Sitzung am 8.3.1950, S. 412.

3/ So etwa: Kurt Piringer: Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949–1956. Eine Dokumentation, hg. von der Freiheitlichen Akademie. [o.O.] 1999, S. 74; „Schmeißt die VdUler in die Mar-

tinsöfen!“, in: *Neue Freie Zeitung*, 12.7.1995; In den Betrieben herrschte das Faustrecht der Linken, in: *Neue Freie Zeitung*, 22.5.1997.

4/ Stenographische Protokolle des Nationalrates für die Zeit der VI. Gesetzgebungsperiode, 54. Sitzung (28.6.1950): Anfragen der Bundesräte Dr. Klemenz, Supersberg u.G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend das Strafverfahren gegen Kajetan Müller (35/J-BR/50) bzw. gegen Sepp Filz in Leoben wegen Verbrechens der gefährlichen Drohung (36/J-BR/50).

5/ Heimo Halbrainer: Sepp Filz. Walz – Widerstand – Wiederaufbau. Graz 2020.

6/ Resolution des ZK der KPÖ vom 11.11.1949, in: *Österreichische Volksstimme*, 18.11.1949. Siehe dazu auch Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen 2020, S. 640–642.

7/ Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ. Wien 2019.

8/ Margit Reiter: Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ. Göttingen 2019.

9/ Zit. nach: Franz West: Zur Frage der „Vierten Partei“, in: *Weg und Ziel*, 7. Jg. (1949), Nr. 7/8, S. 512–524, hier S. 516.

10/ Wahlhandbuch 1949 der Kommunistischen Partei Österreichs, H. 21: Neofaschismus und VdU.

11/ VdU – Sturmtruppe der Kapitalisten, in: *Wahrheit*, 1.10.1949.

12/ *Wahrheit*, 6.10.1949.

13/ *Wahrheit*, 7.10.1949.

14/ In Leoben errang der Linksblock 16,45 und der VdU 13,7%; in Eisenerz waren es 15,8 bzw. 18,6% und in Kapfenberg 10,5 bzw. 13,1%.

15/ Unruhe in sozialistischer Arbeiterschaft wegen VdU-Wahlerfolg, in: *Wahrheit*, 12.10.1949.

16/ Zit. nach: *Wahrheit*, 18.10.1949. Dazu nahm der VdU-Landtagsabgeordnete Jörg Kandutsch unter dem Titel: „Demokratie in Seegraben“ (*Alpenruf*, 28.10.1949) Stellung.

17/ Zit. nach: *Wahrheit*, 19.10.1949.

18/ Z.B. durch die Eisenbahner in Bruck an der Mur (*Wahrheit*, 20.10.1949) oder die Arbeiter der Mürtzaler Papierfabrik (*Wahrheit*, 21.10.1949).

19/ Heimo Halbrainer: „Ein Teil des Generalstabs der sozialen Revolution“ – 100 Jahre Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Steiermark, in: Werner Anzenberger/Anja Grabuschig/Heimo Halbrainer (Hg.): Arbeiterkammer Steiermark – 100 Jahre Gerechtigkeit. Graz 2020, S. 15–95.

20/ VdU von der Leitung der steirischen Arbeiterkammer ausgeschaltet, in: *Wahrheit*, 24.11.1949.

21/ Ebd.

22/ Siehe dazu auch: Stürmische Vollversammlung der Arbeiterkammer, in: *Neue Zeit*, 24.11.1949.

23/ Archiv der Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark, Protokoll der 2. Vorstandssitzung am 11.1.1950.

24/ Stenographische Protokolle des National-

rates für die Zeit der VI. Gesetzgebungsperiode (8.11.1949 bis 18.3.1953), 11. Sitzung am 25.1.1950, S. 219: Anfrage der Abg. Neuwirth u. Gen., betr. Vorkommnisse bei der Konstituierung der steirischen Arbeiterkammer am 23.11.1949 (55/J); Anfragebeantwortung durch den BM für soziale Verwaltung Maisel am 31.3.1950 (71/AB). Siehe dazu auch: VdU-Faschisten müssen aus der Leitung der Grazer Arbeiterkammer ausgeschlossen bleiben, in: *Wahrheit*, 3.1.1950.

25/ Die Diskussion in der Vollversammlung der Arbeiterkammer, in: *Wahrheit*, 23.3.1950.

26/ Einspruch gegen die Ernennung eines VdU-Vorstandsmitgliedes der Arbeiterkammer, in: *Wahrheit*, 4.4.1950.

27/ Archiv der AK Steiermark, Protokoll der 3. Vorstandssitzung am 11.2.1950.

28/ Werk tätige Österreichs, in: *Neuer Mahnruf*, 2. Jg. (1949), Nr. 10, S. 1f.

29/ Der VdU meinte dazu: „Abwegige Betriebsratswahlen“, in: *Alpenruf*, 5.11.1949.

30/ Reimann: Die Dritte Kraft, S. 189.

31/ Herbe Nachklänge zu Donawitz, in: *Alpenruf*, 12.11.1949.

32/ VdU erhebt Einspruch gegen Betriebsratswahl, in: *Obersteirische Volkszeitung*, 21.1.1950.

33/ Sonderausgabe *Der Alpine-Arbeiter*, Februar 1950.

34/ *Alpine-Arbeiter*, 4. Jg. (1950), Nr. 1, S. 1.

35/ KP-Terror in Donawitz, in: *Alpenruf*, 18.3.1950.

36/ Donawitzer Betriebsratswahlen, in: *Obersteirische Volkszeitung*, 9.3.1950.

37/ KP-Terror in Donawitz, in: *Alpenruf*, 18.3.1950.

38/ Und wieder Sieg in Donawitz, in: *Wahrheit*, 9.3.1950.

39/ *Alpine-Arbeiter*, 4. Jg. (1950), Nr. 4, S. 7.

40/ *Obersteirische Volkszeitung*, 9.3.1950.

41/ *Wahrheit*, 22.4.1950. Karl Hartleb war in der Regierung Seipel Vizekanzler und wurde von der KPÖ für die „Arbeitermorde am 15. Juli 1927“ verantwortlich gemacht. Seit den Nationalratswahlen 1949 war er Abgeordneter für den VdU.

42/ Kandutsch war von 1964 bis 1982 Präsident des Rechnungshofs der Republik Österreich.

43/ Steiermärkisches Landesarchiv, Kreisgericht Leoben, Vr 603/50, Anklage der Staatsanwaltschaft Leoben, 8.8.1950.

44/ Halbrainer: Sepp Filz, S. 251–262.

45/ Donawitz fordert einstimmig scharfe Maßnahmen gegen faschistischen VdU, in: *Wahrheit*, 22.4.1950.

46/ Vgl. dazu u.a. Reiter: Die Ehemaligen, S. 142–147; Lothar Höbelt: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Geschichte des VdU. Graz, Stuttgart 1999, S. 107f.

47/ „10. März 1951: Der KP-Betriebsrat der Alpine Donawitz Sepp Filz, der dazu aufforderte, ‚die VdU-ler in die Martinsöfen zu schmeißen‘, wird wegen Gewalttätigkeit und Streiknötigung zu sechs Monaten Kerker verurteilt.“ (Piringer: VdU, S. 74).

48/ Halbrainer: Sepp Filz, S. 257–262.